

Rede von Marlies Fischer, Norderstedt, 15.9.2012

Guten Tag meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute zu Ihnen sprechen und mit Ihnen diskutieren zu dürfen. „Mit mehr Europa aus der Krise“ ist das Motto Ihrer Jahrestagung. Was ist mehr Europa? Ist Europa mehr als der Euro oder nur der Euro? Ist ganz Europa in der Krise oder nur die Währung? Vielleicht können wir über diese Fragen gemeinsam nachdenken.

Vor sechs Wochen war ich auf Usedom. Wir sind mit unserem Boot von Heiligenhafen über Warnemünde und Stralsund nach Swinemünde gesegelt. Ein prima Hafen, eine nette Stadt, die sich von Jahr zu Jahr weiter entwickelt, ein toller, breiter, feiner Sandstrand. Wir hatten uns zum Sonnen und Baden den Abschnitt direkt an der Grenze ausgesucht und sind immer mit dem Fahrrad dorthin gefahren. Auf dem neu gebauten Radweg zwei Grenzpfosten – ein makelloser polnischer im Osten, ein ausgebliehener deutscher im Westen.

Kein Zaun, kein Stacheldraht, keine Kontrollen, nur Sonne, Strand und Wellen – Sommergenuss pur im vereinigten Europa. Das ist eine Leistung dieses Kontinents. Es macht mich stolz, das zu erleben, denn ich bin alt genug, um auch noch Kontrollen und lange Wartezeiten an Grenzen erlebt zu haben.

Kurt Kister, Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, hat vor kurzem in einem Kommentar geschrieben, Europa sei „so frei, so friedlich, so grenzenlos, wie es nie zuvor war“. Ich stimme ihm zu: Die Europäische Union (EU) ist das größte friedensstiftende Projekt, das dieser über Jahrhunderte hinweg kriegsgebeutelte Kontinent je erlebt hat. Seit der Gründung der Montanunion 1950 – gerade mal fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges! - sind Frieden und Wohlstand, die Wahrung von Meinungsfreiheit und Menschenrechten, die grenzenlose Reisefreiheit zwischen Nordkap und Gibraltar, Donau und Atlantik, die Einhaltung von Sozialstandards, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz sowie das Recht auf Streik selbstverständlich geworden.

Vor 70 Jahren standen sich Deutschland und Frankreich, Deutschland und Polen als unversöhnliche Kriegsgegner gegenüber. Nach einem Wimpernschlag der Geschichte sind ehemalige Feinde zu Partnern geworden.

Europa ist eben mehr als nur Geld: Zum Beispiel seine Kinder in die Schulen befreundeter Nachbarländer zu schicken und ihnen damit eine neue Welt zu eröffnen. Mein Sohn etwa hat dank Erasmus ein Jahr in Helsinki studiert und wird jetzt im Dezember nach seinem Master-Abschluss seine erste Stelle im englischen Nottingham antreten, bei einer Firma, die in einem europäischen Verbund Blutforschung betreibt.

Europa heißt, aus einem ungeheuren kulturellen, wissenschaftlichen, architektonischen Schatz schöpfen zu können, der seine Wurzeln tief in der Antike hat. Europa bedeutet, die besten natürlichen Bedingungen zu besitzen, um 500 Millionen Menschen mit Wasser, Nahrungsmitteln und erneuerbaren Energien versorgen zu können.

Europa garantiert, dass vor einem europäischen Gericht niemand mehr mit dem Tode bestraft wird. Europa schützt die Freiheit des Glaubens in einer Zeit, in der religiös verblendete Fanatiker mit Feuer und Schwert gegen die Moderne ziehen.

Aber das verblasst alles angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme. Die Europäische Union und vor allem die Währungszone des Euro stehen bei den Bürgern mittlerweile synonym für ein zähes und wenig würdevolles Geschacher um Hilfsprogramme, Rettungsschirme und gemeinsame Staatsanleihen, die sogenannten Euro-Bonds. Es ist die Schuldenhaftung der wirtschaftlich stärkeren Euro-Staaten für die schwächeren.

Die EU sitzt in einer Wahrnehmungsfalle, die durch ihre Geschichte bedingt ist. Vornehmlich wurde das gemeinsame Europa nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Wirtschaftsunion definiert und gestaltet, seit den 1990er-Jahren auch als eine Währungsunion mit dem Euro. In der Krise fragt sich nun drängender als zuvor, wie aus der Wirtschafts- eine Bürger- und Lebensgemeinschaft werden kann. Diese Debatte ist herausfordernd, anspruchsvoll und gut. Aber allzu schnell landet sie immer wieder bei ein und derselben Frage: Warum sollen deutsche Steuerzahler für griechische Steuerhinterzieher haften?

Aus fast jeder Perspektive führt die Diskussion über Europa heutzutage wieder zurück zur Wirtschaft: Wie kann die Schuldenkrise überwunden, wie kann die horrend hohe Arbeitslosigkeit vor allem junger Menschen in Südeuropa bekämpft werden? Wie viel Aufwand für Forschung und Entwicklung soll und muss sich die Europäische Union leisten? Wie bleibt die EU konkurrenzfähig mit anderen und gerade mit den in Asien aufstrebenden Ländern der Welt?

Wirtschaftliche Debatten, Krisen, Ängste vernetzen Menschen und Staaten in der EU heute viel stärker als andere Themen und Realitäten. Und doch wäre es fatal, Europa vor allem durch die Brille der Ökonomie zu sehen. Die Wirtschaft bildet letztlich nur das Vehikel dafür, um weiterzubauen an einer großen Idee: aus Europa die beste und lebenswerteste Region der Welt zu machen.

Das muss man den Menschen immer wieder klar machen. Es rächt sich jetzt allerdings, dass die politischen Führer es spätestens bei der Einführung der gemeinsamen Währung versäumten, die EU auch zu einer politischen Union zu machen. Natürlich gibt es die gemeinsamen europäischen Institutionen, aber eben auch 27 souveräne Nationalstaaten und bald 28, wenn vom nächsten Jahr an Kroatien dabei ist.

Und die nationale Karte wird jetzt in der Krise auch populistisch gespielt. Wir rufen uns nur die Äußerungen des bayerischen Finanzministers Marcus Söder in Erinnerung, der wiederholt den Ausschluss Griechenlands aus dem Euro gefordert hat. So weit müssen wir gar nicht gehen – aber es ist Tatsache, dass in irgendeinem Mitgliedsland immer Wahlen anstehen und Regierungen sich nicht abstrafen lassen wollen, weil sie für Europa sind und damit vielleicht schmerzhaftes innenpolitische Entscheidungen treffen müssen.

Bei den Wahlen gerade in den Niederlanden allerdings sind die Euroskeptiker von Gert Wilders abgestraft worden. Jetzt zeichnet sich eine Koalition aus Befürwortern der Euro-Rettungspolitik ab, wenn der rechtsliberale Wahlsieger VVD von Ministerpräsident Mark Rutte mit den Sozialdemokraten zusammen geht.

Gleichwohl macht es sich oft gerade in Wahlkämpfen gut, auf Europa zu schimpfen. Gleichzeitig aber die EU-Fördergelder für bessere Straßen und Bahnverbindungen zu kassieren ist für Populisten kein Widerspruch.

In der Krise wird einmal mehr deutlich: Europa hat ein Vermittlungsproblem. Auch wenn die EU detailliert alle Fakten zu ihrer Arbeit aufbereitet, jedes Dokument im Internet zu finden ist, Info-Points, Beratungsstellen von europe direct, Büros von Parlament und Kommission in Berlin den Menschen offen stehen - es hapert an der Übersetzung, daran, den Menschen zu erklären, welche Auswirkung welche Entscheidung auf ihr persönliches Leben hat.

Stattdessen wird Europa als bürokratischer Moloch wahrgenommen, der Krümmungswinkel für Gurken festlegt und Seilbahnrichtlinien für Flachländer erlässt. Dass deutsche Gemüsehändler aber gern genormte Ware behalten möchten und die Bundesländer dem Bund die Zuständigkeit für die Umsetzung der Seilbahnrichtlinie nicht übertragen wollten, wird gerne verschwiegen.

Die Krux ist: Die politische Klasse in Berlin und den Ländern macht Brüssel gern zum Sündenbock. Bei unbequemen Entscheidungen heißt es "die da in Brüssel". Bei jeder Sitzung der verschiedenen Ministerräte aber ist der deutsche Ressortchef oder ein Staatssekretär dabei, um deutsche Interessen zu vertreten und mit abzustimmen.

Und eine zweite Krux: Welches Gesicht verbinden die Menschen mit Europa? Den Griechen fällt aufgrund der aktuellen Ereignisse natürlich Angela Merkel ein, aber sie ist die deutsche Bundeskanzlerin und bekleidet kein europäisches Amt. Wer denkt bei EU-Schergewichten an Ratspräsident Hermann van Rompoy, Außenbeauftragte Catherine Ashton oder Kommissionspräsident Barroso? Nur wenige Deutsche. Allenfalls Martin Schulz ist vielen ein Begriff, weil der EU-Parlamentspräsident wegen seiner klaren Worte und seiner meinungsstarken Äußerungen in den Medien sehr präsent ist - gerade wieder am Donnerstag im ZDF bei Maybrit Illner - und als gelernter Buchhändler aus Würselen bei Aachen eben ein Landsmann ist.

Europaweit, vielleicht sogar weltweit bekannt ist seit Mittwoch Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. Riesengroß war das Interesse am Urteilsspruch aus Karlsruhe. Und die Richter haben die Euroskeptiker in die Schranken gewiesen. Sie genehmigten den Beitritt Deutschlands zum „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ ESM, verlangten aber zusätzliche Sicherungen: Das Haftungsrisiko für Deutschland darf sich nicht erhöhen, ohne dass der Bundestag erneut zustimmt. Deutschland haftet mit bis zu 190 Milliarden Euro am stärksten für Risiken bei der Rettung der gemeinsamen Währung.

Bundespräsident Joachim Gauck unterzeichnete am Donnerstag die Gesetze zum ESM und zum Fiskalpakt. Hätte der Rettungsschirm nicht aufgespannt werden können, wäre dies für die Gemeinschaftswährung nach Ansicht vieler Experten das Aus gewesen. Politiker aller Parteien sprachen denn auch am Mittwoch von einem „guten Tag für Europa“.

Aber ist der Euro damit automatisch gerettet? Wohl nicht. Erst wenn die verschuldeten Staaten wie Griechenland, Spanien oder Portugal ihre Defizite wieder im Griff haben, dürfte die Währung gerettet sein, und das wird noch ein paar Jahre dauern. Aber die Politik hofft, dass die Schuldenstaaten mit dem ESM besser stabilisiert werden können.

Gleichwohl wird der Streit weiter gehen. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann ist nicht begeistert vom EZB-Beschluss, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen. Und auch die Pläne der EU-Kommission, wonach die neue mächtige Bankenaufsicht durch die EZB schon im Januar 2013 ihre Arbeit aufnehmen soll, stößt in Berlin auf Kritik.

Von Anfang 2014 an sollen dann alle 6000 Geldhäuser in den 17 Euro-Ländern – auch die deutschen Sparkassen und Volksbanken – der europäischen Kontrolle unterliegen. Bislang fallen die Sparkassen und Volksbanken nicht darunter, Stichwort Subsidiarität und öffentliche Daseinsvorsorge.

Souveränität an Brüssel abgeben und gleichzeitig nationalstaatliche Interessen wahren – das ist der Konflikt, der sich über all die Jahre durch die Geschichte der europäischen Integration zieht. Der Präsident der Europa-Union Deutschland, Rainer Wieland, hat am Mittwoch nach dem BVG-Urteil gefordert, einen neuen europäischen Konvent einzuberufen, um eine Politische Union mit einem starken Europäischen Parlament und starken mitgliedstaatlichen Parlamenten auszuarbeiten, um so die Wirtschafts- und Währungsunion demokratisch abzusichern. Die Politik müsse die Menschen auf diesem Weg mitnehmen, die Bürgergesellschaft beteiligen.

Ähnlich äußerte sich EU-Kommissionspräsident Barroso, der den Ende 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag ändern will mit dem Ziel eines Staatenbundes mit mehr gesamteuropäischen Kompetenzen. Allerdings hatte Barroso ein schlechtes Timing, denn er äußerte seine Ideen vor dem Richterspruch aus Karlsruhe.

Aber wie die Menschen mitnehmen, wie sie beteiligen, wie ihr Vertrauen in Europa wieder herstellen, wie die Menschen überzeugen, dass ein geeintes Europa der bessere Weg ist in Zeiten der Globalisierung und eben nicht das einzelne Herumwerkeln in bald 28 Mitgliedsstaaten, wenn vom nächsten Jahr an auch Kroatien dabei ist? Das ist die Kernfrage, über die sich Politik und Gesellschaft Gedanken machen müssen abseits von Rettungsschirmen und Staatsanleihen. Jeder einzelne muss sich überlegen, was er und sie von Europa haben und was sie verlieren, wenn dieses Gebilde scheitert.

Kein EU-Mitgliedsland hat wirtschaftlich so von der europäischen Einigung und der Einführung des Euro profitiert wie Deutschland. Und diese Tatsache sichert deutsche Arbeitsplätze. Das wissen auch alle die, die mit der Rückkehr zur D-Mark liebäugeln. Die Währung müsste sich auf dem Weltmarkt behaupten, gegen sie würde spekuliert oder sie würde als sicherer Hafen gewertet und unverhältnismäßig aufgewertet, was wiederum deutsche Exporte verteuern würde.

Der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Karl-Werner Hansmann hat ausgerechnet, dass der Gesamtverlust aus der D-Mark-Einführung 16 Prozent unserer jährlichen Wirtschaftsleistung betragen könnte. Einen solchen Einbruch habe Deutschland seit Ende des 2. Weltkrieges noch nicht erlebt. 2009 auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise waren es nur fünf Prozent. Wie sagte Martin Schulz am Donnerstag im Fernsehen treffend: "Deutschland ist zu groß für Europa, aber zu klein in einer globalisierten Welt."

Mein Damen und Herren, Europa ist eben mehr als die Krise. Das sind die Menschen, ihre Traditionen und Eigenheiten, ihre Leistungen und die Einheit in Vielfalt. Sie alle hier sind wahrscheinlich Pro-Europäer, nicht kritiklos, aber vom europäischen Gedanken getragen. Aber wenn Sie zweifeln oder zum Europa-Skeptiker werden, dann rate ich Ihnen: Fahren Sie nach Usedom und machen eine Radtour. Am Strand zwischen Ahlbeck und Swinemünde wird jeder erkennen, was Europa ausmacht, und dass es sich lohnt, weiter dafür zu arbeiten und zu streiten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!